

Pressemitteilung

**zum SPD-Präsidiumsbeschluss vom 15. März 2010**

**Unechte Zeitarbeit – wurde durch Rot-Grün zu echtem Lohndumping**

**(Berlin, 17.03.2010) „Die Rot-Grüne Koalition öffnete 2003 mit der Agenda 2010 Tür und Tor für den konzerninternen Verleih. Diese unechte Zeitarbeit wurde so zu echtem Lohndumping“, sagt Arnd Schumacher, ein Berliner Zeitarbeitsunternehmer. „Die reguläre Zeitarbeit muss diesen Fehler jetzt auslöffeln.“ Der SPD-Präsidiumsbeschluss soll Zeitarbeit nun drastisch begrenzen.**

Der aktuelle Beschluss des SPD-Präsidiums sieht vor, Zeitarbeit „...auf ihre historische Funktion als Instrument für mehr Flexibilität bei Auftragsspitzen“ zurückzuführen und begründet diese Aussage so: „Die Leiharbeit ist heute weniger ein Instrument der Flexibilität als der Lohndrückerei“. Dazu Arnd Schumacher: „Die SPD muss sich heute auf die Fahne schreiben lassen, durch die Hartzgesetzgebung den konzerninternen Verleih und somit Lohndrückerei erst zugelassen und dann salonfähig gemacht zu haben.“

Es lohnt ein Blick in die Zeiten der rot-grünen Koalition zwischen den Jahren 2002 bis 2004:

Personalserviceagenturen (PSA) sollten damals mittels Zeitarbeit massenhaft Arbeitslose durch den „Klebe-Effekt in den Arbeitsmarkt integrieren. Dafür wurde die bisher restriktive Zeitarbeitsgesetzgebung gelockert und z.B. die unbegrenzte Überlassungsdauer eingeführt. Der in Europa vorherrschende Lohnleichheitsgrundsatz zu den Stammebelegschaften wurde auf Deutschland übertragen. Dabei wurde übersehen, dass der Zeitarbeitnehmer in Deutschland nach seinem Einsatz, nicht wie in Holland oder Frankreich, arbeitslos (Agenturprinzip), sondern mit Gehalt weiterbeschäftigt ist (Unternehmensprinzip). Schnell wurde den Verantwortlichen klar, dass selbst subventionierte Personalserviceagenturen am Markt keine realen Chancen haben, wenn sie die Konditionen der Stammebelegschaften zu zahlen hätten. PSA-Zeitarbeit wäre, als zu teuer, durch die Wirtschaft nicht abgerufen worden. Die Abweichung vom Lohnleichheitsgrundsatz zu den Stammebelegschaften wurde durch Superminister Clement mittels einer Tariföffnungsklausel ermöglicht. Die Gewerkschaften sollten nun plötzlich mit dem damals einzigen namhaften Branchenverband (BZA) Tarife aushandeln, die unter den Konditionen der Stammebelegschaften liegen. Ein Novum in der Deutschen Tarifgeschichte, zumal bisher die Gewerkschaften traditionell Zeitarbeit links liegen ließen. Die reguläre Zeitarbeitsbranche musste in dieser Zeit mit ansehen, wie über ihren Kopf munter hinwegreguliert wurde. Sie war geradezu paralysiert.

Schumacher kritisiert: „Trotz erfolgreicher Nachjustierung durch Superminister Clement war der rot-grünen Koalition ein heute klar erkennbarer Fehler unterlaufen: Konzerninterne Zeitarbeit, also der Verleih an sich selbst, wurde nicht ausdrücklich ausgeschlossen und somit gesetzeskonform möglich.“

Soweit das klassische Dreiecksverhältnis der Zeitarbeit (bestehend aus Zeitarbeitsfirma, Zeitarbeitnehmer, Zeitarbeitskunde) nicht existiert, handelt es sich nicht um echte Zeitarbeit, sondern Scheinzeitarbeit. Bei Scheinzeitarbeit verleiht das Unternehmen an sich selbst und missbraucht so die reguläre Zeitarbeit. „Erstens, es spart sich das Risiko der Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer. Zweitens, es spart sich die Kosten der regulären Zeitarbeit, wie z.B. jene der Disposition und des Vertriebs“, sagt Arnd Schumacher, „und Drittens, werden die für die Spezifik der Zeitarbeit ausgehandelten Tarifverträge offensichtlich missbraucht, um die eigenen Branchentarife zu unterlaufen.“ Bereits im Oktober 2003 identifizierte die Zeitarbeitsbranche zwei Formen der Scheinzeitarbeit. **Auffanggesellschaften** (Beispiel; Vivento, Telekomkonzern) rissen die Belegschaften aus ihren angestammten Strukturen und setzten sie, teilweise allerdings mit Lohnausgleich, in den Brennpunkten der Konzerne ein. In den letzten Jahren entstanden vermehrt konzerninterne **Servicegesellschaften**, die neue oder ehemalige Mitarbeiter mit dem Ziel der Kostensenkung an die eigenen Gesellschaften verliehen.

„Unechte Zeitarbeit wurde so zu echtem Lohndumping“, sagt Arnd Schumacher, „Scheinzeitarbeit wurde mit regulärer Zeitarbeit in einen Topf geworfen.“ Arbeitnehmer mussten massenhaft die Erfahrung machen, dass reguläre Arbeitsplätze in (Schein-)Zeitarbeitsplätze gewandelt wurden. Die Gewerkschaften (DGB und Christliche Gewerkschaften) kritisierten diesen Prozess, verbissen sich aber lieber in einen Bruderkrieg. Betriebsräte wirkten in vielen Fällen bei der Gestaltung von Servicegesellschaften und anderen Formen der Scheinzeitarbeit mit. Auch Unternehmen mit SPD-Beteiligung (wie Verlage) nutzen Servicegesellschaften, offensichtlich mit dem Ziel der Kostenreduzierung. „Erst das besonders unverschämte Verhalten des Schleckerkonzerns mit Hilfe einer gebrieften Zeitarbeitsfirma brachte das Fass, zu Recht“, wie Schumacher meint, „sehr medienwirksam zum Überlaufen.“

„Wir bekommen heute mit voller Wucht die Prügel ab, die eigentlich der konzerninternen Zeitarbeit gilt“, sagt Arnd Schumacher und gibt zu: „Unser Fehler liegt darin, dass wir als Branche nicht aufgezeigt haben, wie leicht sich Scheinzeitarbeit von regulärer Zeitarbeit unterscheiden lässt.“ Schumacher ist davon überzeugt: „Zeitarbeit bedarf endlich einer wissenschaftlichen Definition. Es lohnt sich für unsere Politiker, das deutsche Modell der regulären Zeitarbeit auch europaweit zu verteidigen.“ Die Abgrenzung der regulären Zeitarbeit von konzerninternem Verleih (einschließlich dem „Modell Schlecker“) ist zuerst durch die Tarifpartner AMP und Christliche Gewerkschaften in neu verhandelten Tarifverträgen wirksam umgesetzt worden.

„Es würde der heutigen Oppositionspartei SPD gut zu Gesicht stehen, endlich der regulären Zeitarbeit den gehörigen Respekt entgegenzubringen und die Fehler der eigenen Hartzgesetzgebung zuzugeben“ sagt Arnd Schumacher. „Uns pauschal auf Lohndrückerei zu reduzieren, ist einfach scheinheilig.“

#### **Zu S&W Personaldienstleistungen:**

S&W Personaldienstleistungen vermittelt seit 1996 kaufmännische und auch medizinische Fachkräfte an die Berliner Unternehmen. Zwischen 120 und 150 Mitarbeiter sind beim Unternehmen tariflich entlohnt angestellt. Etwa 8-12 Mitarbeiter werden pro Monat durch Kunden übernommen. Das inhabergeführte Unternehmen gehört zu den typischen, mittelständisch geprägten Zeitarbeitsunternehmen. Diese machen über 80 Prozent der Branche aus und spiegeln so die ebenfalls mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur Deutschlands wider. Das Unternehmen wendet den Tarifvertrag AMP/CGZP an. Es werden Stundengehälter zwischen 7,50 und 16,00 Euro gezahlt.

#### **Kontakt:**

S&W Personaldienstleistungen Arnd Schumacher, Charlottenstraße 17, 10117 Berlin  
Ansprechpartner: Arnd Schumacher, [schumacher@job-suw.de](mailto:schumacher@job-suw.de), [www.job-suw.de](http://www.job-suw.de),  
030 86 09 84 10